



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Die Epochen dieser mannigfachen Umwandlungen des ursprünglichen Charakters der verschiedenen Gottheiten in den vedischen Mythen bilden den Gegenstand der letzten oder achtzehnten Vorlesung, welcher zur leichteren Benutzung des ganzen Werkes noch ein ausführliches alphabetisches Verzeichniß folgt, das alle Namen und Dinge enthält, die in sämtlichen Vorlesungen vorkommen.

Da wir noch kein einziges populäres Buch über die vedische Mythologie besitzen, wäre es wahrhaft wünschenswerth die Vorlesung des Professors A. de Gubernatis recht bald in einer deutschen Ausgabe erscheinen zu sehen, damit sie auch den Lesern zugänglich wären, welche des Italienischen nicht mächtig sind, wenn auch freilich ein Hauptvorzug dieses Werkes: der unnachahmliche Wohlklang der Sprache, in der es geschrieben ist, im Deutschen verloren gehen würde.

v. R. — d.

## Vom deutschen Reichstag.

Berlin, 7. November 1875.

Am 27. Oktober ist der deutsche Reichstag eröffnet worden. Wenn seit der Gründung des deutschen Reiches und seit der Eröffnung der ersten Reichstagsession jede folgende Session, Dank dem großen geschichtlichen Zug, den Deutschlands Kanzler dieser Epoche gegeben, unter bedeutenden Anzeichen eröffnet worden, so gilt dies von der gegenwärtigen Session nicht am wenigsten. Ein sehr merkwürdiger Sommer, merkwürdig durch diplomatische Feldzüge und Resultate, liegt hinter uns, dessen Wichtigkeit allerdings die zukünftige Geschichtsschreibung mehr beschäftigen wird, als die ziemlich ahnungslose Gegenwart. Ich habe in diesen parlamentarischen Briefen die auswärtige Politik nur soweit zu beleuchten, als sie die parlamentarischen Dinge beeinflusst. In dieser Beziehung ist Folgendes anzumerken. Wir sind — wir glauben nicht, daß es heißen muß: wir waren — in eine Friedensperiode eingelenkt, wie sie nach dem Ausdruck der Thronrede in den letzten zwanzig Jahren vor der Herstellung des deutschen Reiches niemals so gesichert gewesen ist. Zur Begründung dieses erfreulichen Satzes bezieht sich die Thronrede auf das Dreikaiserbündniß und auf die in den Mailänder Oktobertagen neu besiegelte Freundschaft Deutschlands und Italiens. Es wird keine indiskrete Vermuthung sein, daß eine große Ursache der Friedenszuversicht darin liegt,

daß Frankreich während dieses Sommers zur Einsicht gekommen, seine Revanchegeanken unter allen Umständen auf Jahre vertagen zu müssen. Daß einigermaßen uneigentlich sogenannte Bündniß der drei Kaiser — denn amtlich wird ja fortwährend versichert, daß keine Verträge, sondern nur ein freies Einverständnis den Bund zusammenhalte — hat diese Einsicht wohl nicht allein bewirkt. Die Gespräche französischer Staatsmänner mit dem Fürsten Gortschakoff, unscheinbar während der Sommererholungsreisen in Scene gesetzt, dürften ihren Antheil beanspruchen. Man würde aber schwerlich richtig gehen, wenn man meinen wollte, der russische Kanzler habe im Interesse Anderer, als in dem seines Reiches gesprochen.

Ein zweites außerordentlich wichtiges Moment der diplomatischen Geschichte des Sommers war der slavische Aufstand auf der Balkanhalbinsel und seine anfängliche Resultatlosigkeit. Es schien ganz, als wäre die alte heilige Allianz mit ihrer Auserhaltung des status quo, auch des schlechtesten, aufgelebt. Die Türkei schiffte ihre Truppen auf österreichischem Boden aus, Oestreich verbot Serbien und Montenegro sich zu rühren bei Strafe seines militärischen Einschreitens, und das nannte man Nichtintervention. Schon rühmte sich die Türkei der gelungenen Unterdrückung des Aufstandes und benutzte die Kosten des Gelingens zur Entschuldigung ihres Staatsbankrotts. Am 27. Oktober sprach die deutsche Thronrede von der Sicherheit des tiefen Friedens, am 30. Oktober treffen in Berlin die Telegramme von der Rundgebung des russischen Regierungsanzeigers ein. Seitdem zeigt sich Europa, namentlich London und Paris über den Frieden beunruhigt. Wir halten diese Besorgniß für affectirt. Ermüdet ist alle Welt, Niemand wünscht Krieg. Aber Rußland hat die Energie und die Umsicht zu erkennen, daß der Müde vom Sopha aufstehen muß, um den Schatz aufzuheben, wenn die Nebenhuhler noch müder sind. Sie rufen freilich alle: störe uns doch nicht die Ruhe! Aber aufstehen werden sie nicht, und Rußland begreift, daß es besser ist, mit Anstrengung einige Schritte zu gehen, als bei erlangten Kräften mit einem Heer ebenfalls gekräftigter Nebenhuhler einen harten Strauß auszufechten. Uebrigens ist vorläufig nicht etwa die Rede von Annexionen. Es ist nur die Rede von einer Regelung der Verhältnisse der slavischen Bevölkerungen der Balkanhalbinsel, die noch unmittelbar unter dem türkischen Joch leben. Wenn freilich die Pforte bei dieser Regelung Umstände verursachen und gar ein kräftiges Zupfen am Arme unvermeidlich machen sollte, so könnte sich mit ihr Manches ändern. Der europäische Friede aber wird auch durch diese Aenderungen nicht bedroht werden. Nur diejenigen erblicken den Frieden gefährdet, denen der Gedanke fürchterlich ist, die orientalische Frage einen oder mehrere bedeutende Schritte weiter geführt zu sehen, ohne daß sie eingreifen und ihr Eingreifen um hohen Preis verkaufen können. Soviel zunächst von

auswärtiger Politik. Den Frieden zu gefährden gäbe es nun ein allerdings unfehlbares Mittel. Das wäre die Unvernunft der Parteien anzunehmen, welche aus ihrer Auffassung der friedlichen Lage den Schluß ziehen, daß Deutschland seine Waffenrüstung ablegen könne und müsse. Wenn dies geschähe, so hätten wir allerdings morgen den Krieg. Aber es wird nicht geschehen, weil wir die Regierung haben, die wir haben. Daher wird der äußere Friede nicht gestört werden, aber dem innern Frieden könnte jenes Parteiverlangen Gefahren bringen. Gefahren, vielleicht auch eine erwünschte Klärung der inneren Lage.

Niemals sind einer Reichstagsession seit dem Bestehen des Reichstages hinsichtlich der inneren Politik so düstere Erwartungen vorausgegangen, wie der diesmaligen. Und warum? Es hatte verlautet von einer Novelle zum Strafgesetzbuch, die allerhand sogenannte reaktionäre Vorschläge enthalten würde. Der hierauf zum Theil veröffentlichte Entwurf dieser Novelle — wohlgemerkt, der Entwurf, wie er dem Bundesrath vorlag, nicht aber der, wie er dem Reichstag vorliegen wird — gab dieser Befürchtung mit Recht oder Unrecht reichliche Nahrung. Es verlautete zweitens von neuen Reichssteuern, und die Thronrede hat mit der Ankündigung zweier solcher die betreffende Voraussicht wahr gemacht. Neue Steuern erwecken aber immer düstere Gefühle. Es verlautete endlich drittens von einer Reaktion auf dem Gebiet der Wirthschaftspolitik, welche in Folge der wirthschaftlichen Krisis in die entscheidenden Stellen der Reichsregierung eingedrungen sei. Alle Diejenigen, bei welchen solche Befürchtungen Eingang gefunden, sind in Jubel ausgebrochen über das Wort der Thronrede: es liege nicht in der Macht der Regierungen, der herrschenden Stagnation auf dem Gebiet der Wirthschaft abzuhelpen. Dieser Jubel scheint uns ebenso vorzeitig, wie es die entgegengesetzte Befürchtung war. Denn wenn von der Reichsregierung erklärt wird, daß sie nicht im Stande sei, die wirthschaftliche Entwicklung zu beherrschen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß diese Entwicklung lediglich, wie man dies fälschlich nennt, sich selbst zu überlassen sei. Ueber die Maßregeln, die demnächst auf dem Gebiet der Wirthschaftspolitik zu treffen oder zu unterlassen sein werden, möchte schwerlich schon jetzt die Reichsregierung zu unabänderlichen Beschlüssen gelangt sein. Wir halten die entsprechende Bedeutung der Thronrede für durchaus irrig. Wie diese Beschlüsse ausfallen werden, ob man den in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg lediglich weiter geht, darüber wollen wir keine Vermuthung wagen und ebensowenig vorläufig ein Urtheil aussprechen über das, was rathsam und nothwendig ist. Wir wollen nur constatiren, daß die öffentliche Meinung etwas künstlich in den Wahn gestürzt worden, als sei die Devise der Reichsregierung: es bleibt beim Alten; schon unwiderruflich ausgegeben. In diesem unserm Zweifel macht auch die Auslassung der

„Provinzial-Correspondenz“, worin die erwähnte Deutung der Thronrede gut geheißen wird, uns nicht irre.

Nehmen wir aber einmal an, von den drei schwarzen Punkten am Horizont der gegenwärtigen Session wäre der wirtschaftliche Punkt verschwunden — d. h. verschwunden aus den Entwürfen der Wirtschaftspolitik; mit seinen praktischen Beschwerden wird er noch lange nicht verschwinden — so bleiben noch die neuen Steuern und die Novelle zum Strafgesetzbuch. Was die neuen Steuern betrifft, so läßt sich, abgesehen von dem selbstverständlichen Widerstand derer, die getroffen werden sollen, nämlich der Brauer und der Geschäftsmänner der Börse, so viel erkennen, daß diese Steuern nicht sehr viel einbringen werden. Sie stellen sich demnach als Palliativmittel dar gegenüber den großen Anforderungen, welche an die Finanzleistung des Reiches durch die Entwicklung des Reiches selbst gestellt werden. Dieser schwarze Punkt also bleibt stehen. Aber warum ist er schwarz? Der Vergleich ist nicht wenig beschämend zwischen der Zuversicht Frankreichs ungleich kolossaleren Anforderungen gegenüber und dem Kleinmuth Deutschlands, das eben die Milliarden geerntet. Will man auch behaupten, daß die Milliarden uns nur den Kriegsaufwand ersetzt, so haben wir doch mindestens einen siegreichen Krieg ohne Mehrbelastung der Staatsfinanzen geführt. Wir müssen uns aber gegenüber den Anforderungen, welche die Zukunft und unsere eigene naturgemäße Entwicklung an unsere Finanzen stellen, etwas entschlossener und etwas erfinderischer zeigen. Mit dem kleinen Spähen nach Objekten, die wohl noch eine Steuer vertragen, ist nicht zu helfen, und noch viel weniger mit dem Kleinmuth, der mit solchen Forderungen schon das Ende gekommen glaubt.

Was endlich die Strafrechtsnovelle betrifft, so ist der unsprüngliche Entwurf, so weit er bekannt geworden, juristisch gewiß eine recht schwache Leistung. Aber über Reaktion schreien, sich in die Brust werfen, daß man solche reaktionäre Maßregeln bis auf den letzten Blutstropfen bekämpfen werde, das heißt wahrhaftig nicht der Situation gewachsen sein. Deutschland führt einen großen innern Kampf zum Vorbild aller gebildeten Nationen. Das ist die Ausnahmelage, die gewürdigt sein muß. Das Gerede von Gelegenheitsgesehen ist nichtig. Kann man die Anforderungen der Gelegenheit nicht mit Gesehen erfüllen, oder hält man diesen Weg für verwerflich, so möge man andere Mittel vorschlagen. Man könnte z. B. der Regierung auf bemessene Fristen außerordentliche Vollmachten erteilen, und noch andere Auswege würden zu finden sein, wenn man nur suchen wollte, anstatt über die harten Zumuthungen zu schreien.

Für die innere Politik wird die gegenwärtige Reichstagsession wie es scheint von nachhaltiger aufklärender Bedeutung sein. Es wird sich zeigen, ob

der Reichskanzler im Reichstag, in diesem oder in dem nächst zu wählenden, die hinlängliche Zahl zuverlässiger Freunde hat und wo er sie hat, die ihm die Fortführung des großen Werkes im Einklang mit dem Reichstag ermöglichen.

Ueber die bisherigen Sitzungen des Reichstags dürfen wir kurz hinweggehen. In der ersten Sitzung die übliche Beschlußunfähigkeit und der Stoßseufzer, daß endlich die Einsicht zum Ausbruch gelangen möge von der Nothwendigkeit, die Ziffer der Beschlußfähigkeit herabzusetzen. In der zweiten Sitzung Wahl Forckenbeck's zum Präsidenten, Stauffenberg's zum ersten Vicepräsidenten; bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten Beschlußunfähigkeit. In der dritten Sitzung wird Hänel zum zweiten Vicepräsidenten gewählt, außerdem das Mandat der Justizkommission zur Vorberathung der drei großen Reichsjustizgesetze für die Dauer der gegenwärtigen Session verlängert. In der vierten Sitzung erste Berathung eines Gesetzes über die Fortdauer der Verpflichtungen der Eisenbahnen gegen die Post, für dessen Vorberathung eine Kommission von 14 Mitgliedern ernannt wird. In der fünften Sitzung erste Berathung der Concursordnung, die nicht der Reichsjustizkommission, sondern einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen wird. Die Reichsjustizkommission hatte durch den Mund verschiedener Mitglieder selbst gegen die Zuweisung dieser neuen Aufgabe Einspruch erhoben. In der sechsten Sitzung erste Berathung der Gesetzentwürfe über die gegenseitigen Hilfskassen und über die Abänderung des auf diese Materie bezüglichen Titel VIII. der Gewerbeordnung. Die Gesetzentwürfe werden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Diese ersten Berathungen boten manchen interessanten Incidentpunkt. Wir beobachten jedoch unsere alte Regel, die Materien erst bei der zweiten Berathung zu erörtern und dann, wenn nöthig, auf die erste Berathung zurückzukommen.

C — r.

## Aus der Provinz Hessen.

e. Kassel, Anfang November. Während in Ostpreußen soeben begonnen wird, in den Provinzen die Selbstverwaltung auf neuen Grundlagen einzuführen, zeigen die Vorgänge auf unserem Communal Landtage, daß dieser sich immer mehr von dem gleichen Ziele entfernt hat, welches ihm 1867 bei seiner Greirung gesteckt wurde. Die Wahrung der besonderen Interessen des